

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 P oder 20 Groszy

Bezugspreis monatlich 8,00 Gulden, wöchentlich 0,76 Gulden, in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 3,00 Gulden monatlich. Anzeigen: die Tages. Seite 0,40 Gulden, Beilagenzettel 2,00 Gulden, in Deutschland 0,40 und 2,00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 233

Mittwoch, den 6. Oktober 1926

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Polstschekkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Die Deutschnationalen drücken sich.

Unstimmigkeit in ihren Reihen über das Sanierungsprogramm. — Wiederkehr der bisherigen Koalition?

Jede Opposition hat das Recht, eine ihr nicht genehme Regierung zu bekämpfen und eventuell deren Sturz herbeizuführen. Aus diesem Recht aber erwächst ihr auch die Pflicht, dann an Stelle der gestürzten Regierung die volle Verantwortung zu übernehmen und das besser zu machen, was man bei der gestürzten Regierung kritisiert hat.

Trotzdem unsere Deutschnationalen in früheren Monaten immer von ihrer „staatsbehaltenden Opposition“ gesprochen und geschrieben haben, denken sie jetzt nicht in geringstem daran, nach ihren früheren Worten zu handeln. In geradezu unverantwortlicher Weise haben sie gemeinsam mit Kommunisten den Senat gestürzt. Das dieser Sturz von ihnen ganz bemußt herbeigeführt wurde, ging aus den Äußerungen ihrer Presse und den Reden ihrer Führer hervor. Aber nachdem sie ihr Ziel erreicht haben, stehen sie völlig hilflos da. Sie haben kein Programm, das sie an Stelle des Sanierungsprogramms der gestürzten Koalitionsregierung setzen könnten. „Geben wir es nötig, ihnen ein Programm vorzulegen?“ rief während der Sanierungsverhandlungen im Volkstage eine deutschnationale Abgeordnete. Sie hatten damals schon die Pflicht, positiv zu erklären, wie sie sich die Sanierung denken. Erst jetzt haben sie aber diese Pflicht in diesen Tagen, da ihnen als stärkste Oppositionspartei die Neubildung der Regierung angefallen ist. Aber verlegene Schweigen in der Presse und in ihren Versammlungen. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß man sich innerhalb der Deutschnationalen Partei selbst nicht einigen konnte. Deutschnationale Wirtschaftsführer sind schon mehrfach für einen Beamtenabbau und für eine starke Kürzung der Beamtengehälter eingetreten, und der Langfuhrer Bürgerverein, der vor einigen Wochen die Kürzung der oberen Beamtengehälter um 30 Prozent verlangte, besteht zum größten Teil aus Gewerbetreibenden, die der Deutschnationalen Partei angehören. Gegen diese Sparpolitik im Staatshaushalt, die bekanntlich die Sozialdemokratie stets gefordert hat, wenden sich natürlich die deutschnationalen Staatsräte, und da Dr. Ziehm in der Deutschnationalen Partei ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen hat, konnte man sich bisher auf ein Sanierungsprogramm nicht einigen und die Folge war dann die, daß man auf den Verlegenheitsweg verfiel, einen Senat der Persönlichkeiten bilden zu wollen.

Die anderen bürgerlichen Parteien denken aber nicht daran, den Deutschnationalen die Verantwortung abzunehmen. Konnten die Ziehm und Schweigmann vorher als staatsbehaltende Opposition die bisherige Koalitionsregierung nicht genug schmähen und als unfähig hinstellen, so sollen sie nun zeigen, daß sie es besser machen können. Aber auch diesmal drücken sich die Deutschnationalen um die Verantwortung. Nach der Methode „Haltet den Dieb!“ schieben sie allerdings die Mittelparteien die Schuld zu, daß der Bürgerblock antwortend nicht zustande kommt. Die deutschnationale „Allgemeine Zeitung“, die in der letzten Woche im allgemeinen sehr schweigsam war, sieht bereits die bisherige Koalition wie ein Phönix aus der Asche neu entstehen. Gekern schreibt man ihr von „besonderer Seite“:

„Ohne diesen Gedanken aber weiter nachzugehen, müssen wir es doch für sehr beachtenswert halten, daß in dem Moment, wo über eine Verständigungsaktion gesprochen werden soll, mit aller Schärfe die Gründe des früheren Auseinandergehens betont werden. Das ist natürlich kein Weg, der zu einer Verständigung führen kann, und wir möchten glauben, daß diese Erklärung gerade dazu bestimmt ist, den Verständigungswillen zu verneinen. Man ist offenbar hinter den Kulissen schon einig in bezug auf den Umstand, daß nur die bisherige Koalition, vielleicht unter Zutritt einer kleineren Gruppe, den politischen Bestehenden garantieren kann, und darum handelt es sich doch im wesentlichen für jene.“

Hiernach dürften die Aussichten auf eine Verständigung mit der Koalition auf das richtige Maß zurückgeführt werden, und die für kurze Zeit beiseitegetretenen Senatoren der bisherigen Koalition werden alsbald wohl wieder aus der Kluft herausstreiten, um sich vor dem Danziger Publikum für einen Da-capo-Ruf an der Kampe der Volksbühne zu bedanken.“

Stellungnahme des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion hält es für notwendig und für Pflicht, daß die vier größten Parteien sich zur Überwindung der überaus schwierigen Aufgaben zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen, um die Freiheit und Unabhängigkeit Danzigs zu erhalten. Eine andere Lösung hält sie für nicht genügend, weil die Basis zu schwach ist, auf der die Verbindung herbeigeführt werden könnte.

Nach dieser Vorbemerkung beantwortet die Zentrumsfraktion die gestellten Fragen in folgender Weise:

1. Sie ist grundsätzlich bereit, einer Regierung beizutreten, deren parlamentarische Senatoren nach denjenigen Grundätzen ihre Ämter zu führen haben, die in den Richtlinien der Deutschnationalen Partei aufgestellt sind. Sie glaubt aber, daß die Basis durch Hinzuziehung der Sozialdemokratischen Partei erweitert werden muß. Die Auswahl der parteipolitisch nicht gebundenen Senatoren allein aus den in Betracht kommenden nichtsozialdemokratischen Parteien gibt keine hinreichende Gewähr für die Durchführung der dringend notwendigen Aufgaben.

2. Es besteht die Geneigtheit der Zentrumsfraktion, einer solchen Regierung, die auf dieser erweiterten Grundlage zusammengesetzt ist, ein Ermächtigungsgesetz zu geben, das aber in seinen Aufgaben genau normiert und zeitlich begrenzt sein muß. Zum Erlaß eines solchen Ermächtigungsgesetzes ist aber nach Erachten der Zentrumsfraktion eine qualifizierte Mehrheit notwendig, die ohne Hilfe der Sozialdemokratischen Partei nicht erreicht werden kann.

3. Wenn die genannten Bedingungen erfüllt werden, würde von der Zentrumsfraktion ein Misstrauensvotum nicht eingebracht werden.

4. Die Zentrumsfraktion, die seit Bestehen des Freistaates stets verantwortlich in der Regierung vertreten war, würde es gern sehen, wenn sie von der Last der Regierung auf eine Zeit befreit bleiben würde, sie wird sich aber wie bisher Staatsnotwendigkeiten nicht entziehen.

5. Eine für die Erfüllung der Aufgaben tragfähige Regierung, außer der vorher genannten, dürfte es bei der gegenwärtigen politischen Konstellation kaum geben.

6. Die Zentrumsfraktion hat mit den Deutschnationalen und mit den Sozialdemokraten die Regierung gemeinsam geführt und hat erfahren, daß sich trotz weitgehender Divergenzen die Aufgaben der Regierung erfüllen lassen. Eine unmögliche Situation ergäbe sich für die Zentrumsfraktion bei der Bildung einer Regierung mit diesen Parteien nicht.

7. Eine Minderheitsregierung hält die Fraktion in den jetzigen schwierigen Verhältnissen für ungeeignet, weil sie ihr von vornherein zur Dynamik verurteilt scheint.

Die polnische Presse zur Senatskrise.

Unter der Überschrift „Die Sorgen des Herrn Sahn“ veröffentlicht das Organ der polnischen Schwerindustrie „Kurjer Polski“, das seit seinem Wiedereintritt in eine Danzig-polnische Verständigung eintritt, einen der Danziger Regierungskrise gewidmeten Leitartikel.

Der Verfasser des Artikels mahnt die maßgebenden Stellen und die öffentliche Meinung Polens, die Entwicklung in Danzig genau zu verfolgen, um gegebenenfalls mit der end-

gültigen Unterzeichnung des Danzig-polnischen Zollabkommens zurückzuhalten.

„Wollen wir sehen“ — schließt der erwähnte Artikel seine Danziger Betrachtungen — „was die nächsten Tage und Wochen bringen werden. Der Kern des Danziger Problems liegt gegenwärtig darin, ob es die Danziger bestehen werden, daß der Charakter der jetzigen Senatskrise die Sanierung der Danziger Finanzen in hohem Maße erschwert. Das entscheidende Moment sowohl vom internationalen wie auch vom polnischen Standpunkt liegt einzig und allein in der Zusammenstellung des künftigen Danziger Senats und im Programm, mit dem er in die Öffentlichkeit treten wird.“

Auch das Regierungsorgan „Epoka“ (früher „Nowy Kurjer Polski“) widmet der Danziger Regierungskrise einen Leitartikel, der inhaltlich dem des „Kurjer Polski“ von ungefähr gleichlautet. Das amtliche Blatt hebt besonders den Umstand hervor, daß das Danzig-polnische Zollabkommen nur dann in Kraft tritt, wenn das Finanzkomitee des Völkerbundes anerkannt haben werde, daß sich Danzig vollständig den Empfehlungen des Komitees angepaßt habe.

Bu den Lösungsmöglichkeiten der Danziger Regierungskrise übergehend, bemerkt das Blatt, eine Klärung der Lage könne nur auf dem Wege radikaler Änderungen in der Danziger Verfassung, und zwar in der Richtung der Aufhebung der hauptamtlichen Senatorenämter und der Auflösbarkeit des Volkstages gefunden werden. Es scheint — meint die „Epoka“ —, daß es die Danziger verstehen werden, daß es besser wäre, wenn sie selbst diese Änderungen durchzuführen, als erneut auf eine strenge, aber notwendige Einmischung fremder Faktoren zu warten.

Rücktritt Seberings.

Aus gesundheitlichen Gründen legt er sein Amt nieder.

Der preussische Innenminister Gen. Sebering hat dem Ministerpräsidenten Otto Braun am Dienstag offiziell sein Rücktrittsgesuch überreicht. Die Annahme des Rücktrittsgesuches wird offiziell mit der Ernennung des neuen Innenministers voraussichtlich am Mittwoch mitgeteilt werden. Vorher befaßt sich die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages noch mit dem Rücktritt Seberings. Es ist anzunehmen, daß der preussische Ministerpräsident Braun, in dessen Vollmacht die Ernennung des neuen Ministers liegt, seiner Fraktion bereits einen bestimmten Vorschlag macht. Voraussichtlich tritt der Berliner Polizeipräsident G r e z i n s k i die Nachfolge Seberings an.

Mit Sebering wird auch der bisherige Staatssekretär im preussischen Innenministerium aus dem Amt scheiden. Als enger Mitarbeiter des neuen Ministers dürfte eine bekannte Persönlichkeit aus dem preussischen Innenministerium in Frage kommen. Für das freierwerbende Amt des Berliner Polizeipräsidenten wird eine bereits in gleicher Stellung befindliche Persönlichkeit aus dem Rheinland genannt.

Aus dem Preußenparlament wird uns geschrieben:

Der Rücktritt des preussischen Innenministers Genossen Sebering ist Tatsache geworden. Der schwere Verlust, mit dem wir freilich seit Monaten haben rechnen müssen, ist eingetreten.

Die Tatsachen liegen so, daß Sebering bei der Fraktion seit Jahren auf Befreiung von seinem Amt drängt. Immer wieder und wieder haben wir ihn genötigt, gezwungen, sein Amt fortzuführen. Noch einmal, als er wenig gekräftigt von seinem Urlaub zurückkehrte. Unter heftigstem Widerstreben hat Sebering sich damals bereit erklärt, es noch einige Wochen zu versuchen. Aber nur, nachdem wir ihm in die Hand hatten versprochen müssen, nicht mehr in ihn zu bringen, wenn er auch diesen Versuch als gescheitert ansieht. Das war zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause der Fall. Seitdem stand Seberings Rücktritt fest. Nur ganz besonders technisch-parlamentarische Schwierigkeiten haben ihn wider Willen gezwungen, über den letzten Termin hinaus, den er selbst gesetzt hatte, noch einige Wochen im Amte zu verharren.

An dem Tage, an dem Karl Sebering sechs Jahre lang das Amt des preussischen Ministers des Innern verwaltete, hat die preussische Landtagsfraktion ihm seine von Georg Kolbe gemerkelte Büste als Ehrengabe überreicht. Sie wollte damit zum Ausdruck bringen, daß sie sich der einzigartigen Leistung Seberings voll bewußt war. Aber die Hochachtung, die selbst erbitterte politische Gegner ihm nicht versagen können, spricht noch deutlicher als alle Anerkennung der Freunde von dem, was Sebering für den Wiederaufbau Deutschlands getan hat. Die Wiederherstellung eines geordneten und die Erhaltung eines freien Staatswesens verdanken wir neben Friedrich Ebert in erster Reihe Karl Sebering. Wenn die Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung nie hat verdrängt werden können, wenn dadurch Preußen zum Eckpfeiler der Republik geworden ist, so ist das wiederum Seberings großer persönlicher Leistung zu verdanken. Und es hat ganz getreulich noch nie einen Staatsmann vom Format Karl Seberings gegeben, der sich durch persönliche Bescheidenheit, Lebenswürdigkeit und Herzensgüte so viel ehrliche Freundschaft erworben hat wie eben Karl Sebering.

Stückförmig ist der Abschied, den Karl Sebering heute nimmt, nur eine etwas andere Form von Urlaub. Er wollte, er mußte einmal von der Verantwortung des Amtes frei sein. Er wollte, er mußte einmal aus der Dreifachheit herauskommen. So merkwürdig es dem Kernstehenden klingen mag, Karl Sebering hat, seitdem seine Kerben nicht mehr die alte Frische hatten, unter den Dreifachleibern der Bacmeister und Konjorien entsetzlich gelitten. Aber er hat uns versprochen, und wir glauben ihm, in einem Jahre wieder vollkommen frisch und gesund und zu jedem Dienst für die Partei bereit in unseren Reihen zu stehen.

Die Presse der Reaktion hat Sebering verleumdet, solange er im Amte war. Sie bleibt der Lüge treu, da er aus dem Amte scheidet. Sie verbreitet die infame Verleumdung, Karl Sebering gehe, um der großen Koalition Platz zu machen. Dazu ist zu sagen: daß wir niemals auch nur im Traume daran gedacht haben, Karl Sebering irgendeiner Koalition zu opfern.

Und daß selbst eine solche Zumutung seit Jahr und Tag nicht mehr an uns herangetragen worden ist. Mit der Frage, ob die Regierung in Preußen auf die Basis der großen Koalition gestellt wird, hat der Rücktritt Seberings nicht das allermindeste zu tun. Wenn die Volkspartei in letzter Zeit wegen ihres Wiedereintritts in die preussische Regierung vorgeföhrt hat, so mußte sie wissen und wußte sie, daß Otto Braun und Karl Sebering wie die Ämter, die sie inne haben, für uns überhaupt kein Verhandlungsgegenstand sind. Selbstverständlich wird Genosse Braun zum Nachfolger Seberings sofort den besten Mann berufen, den die sozialdemokratische Partei für diesen Posten zur Verfügung hat. Ob später einmal Verhandlungen über die große Koalition stattfinden, steht auf einem ganz anderen Blatt. Einstweilen ist an die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen noch niemand offiziell oder privat mit der Aufforderung herangetreten, über diese Frage erneut zu verhandeln.

Bürgerliche Pressestimmen zum Rücktritt Seberings.

Die gesamte Berliner Morgenpresse beschäftigt sich ausführlich mit dem Rücktritt des preussischen Innenministers Sebering. Von ganz besonderem Interesse sind dabei die „Führungszeugnisse“, die dem Scheidenden in der Reichspresse ausgestellt werden, von der er in den sechs Jahren seines Wirkens als Minister ständig den maßlosesten Angriffen ausgesetzt war.

„Ohne Zweifel hat er“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, „an der Spitze des eigentlichen politischen Ministeriums in Preußen ein ungewöhnliches Maß von Zielbewußtsein und Energie vielfach zugleich in der fähigsten Klugheit entwickelt. Darüber hinaus hat er in vielen Fällen auch staatspolitischen Sinn gezeigt. Im ganzen aber war und blieb Sebering auch als Staatsminister bewußter und rücksichtsloser sozialdemokratischer Parteimann. Das zeigte er zunächst auf dem Gebiete der Personalpolitik.“

Die „Tägliche Rundschau“ äußert sich wie folgt: „Sebering war in seiner Ministerstellung jeder Zoll ein Parteimann, der auf die Kommunisten das Wort von den „politischen Kindern“ prägte, gegen die Organifikationen der Rechten dagegen mit aller nur denkbaren Schärfe vorging. Das System Sebering trat auf dem Gebiete der Personalfragen am stärksten in die Erscheinung. Seberings Personalpolitik ging darauf aus, die preussische Verwaltung mit Sozialdemokraten zu besetzen, ohne daß dabei die Frage nach Befähigung und Eignung den Ausschlag gegeben hätte. Dabei braucht keineswegs verkannt zu werden, daß Sebering ein Mann war, der sich mit erstaunlicher Intelligenz in die Höhe gearbeitet hatte und der es verstand, seinen Willen durchzusetzen.“

Wie abgerüstet werden soll.

Der Gemischte Ausschuss der Vorbereitenden Abrüstungskommission hat in einer seit dem 30. September abgehaltenen Tagung einstimmig mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt. Einmal hatte er darüber zu entscheiden, ob die chemische Industrie einschließlich der Farbstoff-Fabriken Giftgas für den Krieg herstellen bzw. dazu umgestellt werden können und wie beides verhindert werden kann. Die Frage war von einem Untersuchungsausschuss unter Zuzug von je einem deutschen, englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Gemischten Sachverständigen vorbereitet worden. Das Ergebnis der jetzigen Beratungen lautet: Befähigung für die Herstellungsmöglichkeiten der Giftgas, da zu ihrer Verhinderung hauptsächlich Abkommen der chemischen Industrie unter sich notwendig seien. Bei der Besprechung der Strafmaßnahmen, die in einer internationalen Konvention gegen den Gaskrieg vorgesehen sein sollen, wurde von dem deutschen Vertreter Staatssekretär von Möllendorff der Standpunkt geltend gemacht, daß nicht nur die Fabrikation, sondern auch die Verwendung von giftigen Gasen unter Strafe gestellt werden müsse. Der Antrag wurde vom Ausschuss angenommen. Welche Form diese Strafmaßnahmen erhalten sollen, z. B. ihre Einbeziehung zum strafrechtlichen Verbotsbereich, wird von der Militärkommission A und abschließend von der ganzen Vorbereitenden Abrüstungskommission zu beraten sein.

Der Kampf gegen die Opposition in Moskau.

Der Kampf zwischen dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und der Opposition ist auf der ganzen Linie entbrannt. Nachdem die Führer der Opposition entgegen allen Beschlüssen über die Unzulässigkeit jeder weiteren Diskussion in einer Arbeiterversammlung dennoch eine solche angeregt haben...

Die Dinge haben sich so zugespielt, daß man nicht mehr absehen kann, wie ein weiteres Zusammenarbeiten beider Richtungen in einer Partei möglich sein sollte. In der Parteiorganisation ist aber die Mehrheit zweifellos auf Seiten Stalins...

Parlamentseröffnung in Dänemark.

Der dänische Ministerpräsident Stauning eröffnete am Donnerstagmorgen feierlich die Winter session des dänischen Reichstages. Aus der bei dieser Gelegenheit abgegebenen Programmklärung der Regierung waren die hauptsächlichen Punkte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund besonders bemerkenswert.

Erschließungsforderung für Magdeburg.

Aus Magdeburg wird uns gemeldet, daß der im Zusammenhang mit der Mordeffäre Schröder wochenlang unschuldig in Haft gehaltene Fabrikant Haas in den nächsten Tagen seine Schadenersatzforderung an das preussische Justizministerium einreichen wird. Die Meldung, daß der Schadenersatzanspruch auf eine halbe Million Mark lautet, wird als falsch bezeichnet.

Zirkus Billig.

Die schöne Bahnhofsstraße in Zürich ist nicht nur eine großstädtliche Hauptverkehrsader, sondern auch ein kleinräubiger Wochenmarkt. An der Vorderseite, rechts und links vor den wirklich exquisiten Schaufenstern, haben Verkäuferinnen ihren Stand mit Gurken, Kürbissen, Simonen, Kürbis, Melonen und Zwiebeln aufgestellt.

bestand auf den Gang des Disziplinarverfahrens gegen den eigentümlichen Untersuchungsrichter Bölling nicht ohne Einfluß bleibt, wie wir eben schon wünschigen möchten, daß der Schadenersatzanspruch der in dem Magdeburger Falle geschädigten Personen sich auf das unbedingte Mindestmaß beschränkt.

Kontrolle im Salonwagen.

Die Bestätigung und Nachprüfung der Eisenbahnstrecken, die im Anschluß an die Fäufung der Unfälle von der Reichsbahn-Gesellschaft durchgeführt wurde, ist jetzt abgeschlossen. Die Kontrollberichte werden in diesen Tagen fertiggestellt.

Der Zeittreiwilige Hohenzollern.

Am Mittwochabend verabschiedete sich der großbritische Botschafter Lord d'Abernon von der Reichsregierung. Zu dieser Feierlichkeit trafen Reichspräsident v. Hindenburg und Reichskanzler Marx vorher in Berlin ein.

Der "Manövergast" der Reichswehr.



„Mal h'at's", Ihr Kerls! Verzeih't seid Ihr auf die Republik und geht jetzt ab Seiner Maj. Hoheit, dem Prinzen Wilhelm!"

Pferde, alles dreht sich, was da auf Rädern fährt, der Verkehr taumelt fast nach Strunken, und das Straßenpalisier grüßt vor Gelächter. „Schöner wie im Zirkus - und billiger", sagt einer. Und das Wort „Zirkus Billig" fliegt mit Wollo durch die wachsende Menge.

Ein neuer norwegischer Dramatiker. Das Centraltheater in Oslo hat einem jungen Dramatiker Georg Brochmann mit seinem Vierakter „Der Provokatör" zu einem schönen Erfolg verholfen. Mitten und Handlung spiegeln aktuelle Sozialistik vor, aber im Grunde ist der Konflikt der eines Gewinns, das sich durch Eintrieb und Rente von der Unwahrheit befreit.

Vom Hafenarbeiterkampf in Hamburg.

Die von der Streikleitung veranstaltete Urabstimmung unter den Hafenarbeitern in Hamburg hatte folgendes Ergebnis: Für Fortsetzung des Streikes stimmten 2500 organisierte Hafenarbeiter, 1292 für Abbruch des Streikes, 41 Stimmen waren ungültig.

Die neueste Bluttat im besetzten Gebiet.

Ueber den neuen Zwischenfall in Neustadt in der Pfalz wurde am Dienstag eine halbamtliche französische Darstellung veröffentlicht. Danach soll der Attentäter den französischen Unteroffizier ohne jeden Grund angefallen und schwer verwundet haben.

Vergleich zwischen Preußen und Hohenzollern.

Die Vergleichsverhandlungen zwischen den Hohenzollern und der preussischen Staatsregierung sind abgeschlossen. Das Ergebnis wird Ende dieser Woche bereits den preussischen Staatsräten beschickt und soll bis zum Ende der nächsten Woche vom preussischen Landtag beraten werden.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

Die endgültigen Ergebnisse der Urabstimmung in den Bergarbeiterkreisen über die Vorschläge der Regierung werden der am Mittwoch in London zusammengetretenen Exekutive des Bergarbeiterverbandes vorgelegt werden.

Faschistische Gewalttaten. Nach Nachrichten aus Italien hat der Faschismus sein brutales, rücksichtsloses Vorgehen gegen die sozialistische Arbeiterchaft von Molinella bei Bologna dadurch gefront, daß nunmehr alle Arbeiter, die sich weigerten, in die faschistische Generechaft einzutreten, gewaltsam mit ihren Familien durch die Polizei nach Bologna abgeschoben wurden.

Spanien und der Völkerbund. Aus Madrid wird amtlich gemeldet, daß Spanien trotz seines Austritts aus dem Völkerbund an den Arbeiten des internationalen Arbeitsamts in Genf weiter teilnehmen wird.

Die Entdeckung eines neuen Napoleon-Archivs. Bis zum heutigen Tage umhüllte die Gestalt der sächsischen Gräfin Niemanns-Ährcke und ihre Beziehungen zu Napoleon I. ein unüberwindliches Dunkel. Erst jetzt, da der endgültige Erbe Graf Guertino zu Lynar in Lübeck die Erlaubnis zur Einsichtnahme gegeben hat, ist es der bekannten Napoleonsforscherin Gertrude Ahrh gebunden, das bisher allen Forschern unzugängliche Archiv zu erschließen.

Ein Opernwettbewerb in Italien. Zur Erlangung einer guten italienischen Oper hat die italienische Regierung einen Opernwettbewerb veranstaltet, an dem jeder Italiener teilnehmen kann.

Leßing im Film. Die Verfilmung von Meisterwerken anderer klassischer Literatur wird jetzt auch auf Leßing ausgedehnt. Die Vorarbeiten für die Aufnahmen zu einem Filmmuspiel „Minna von Barnhelm" sind von der Produktionsleitung der Ufa bereits abgeschlossen.

Ein neuer Siedermann. Nach langer Zeit steht jetzt wieder eine Uraufführung von Hermann Sudermann bevor. Anfang Januar kommt im Lessing-Theater „Der Hafencapitän" mit Albert Bassermann in der Hauptrolle heraus.

Eine Musikhochschule in Hamburg? Die Hamburger Ortsgruppe des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer hat beim Hamburger Senat beantragt, eine staatliche Musikhochschule nach Berliner Muster zu errichten, die der bereits bestehenden Kunstgewerbeschule zur Seite treten soll.

Otto Dix Professor in Dresden. Walter Otto Dix ist zum Professor an die Akademische Hochschule in Dresden gerufen worden.

Ein „Jud-Süh"-Film. Bernd Albor hat neben dem „Mannskampf" zu einem Großfilm „Jud Süh" nach dem gleichnamigen Roman von Lion Feuchtwanger vollendet.

